

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Der Preis monatlich 2,- RM, bei Vorabnahme 1,80 RM, zusätzlich Postgebühr. Einzelnummern 10 Kopfs. Alle Posthaltungen, Postämter und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Krieg oder sonstiger Notlage wird der Preis entsprechend erhöht. — Rücksendung eingekauftes Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beifolgt.



Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 255 — 91. Jahrgang Teleg.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshd.: Dresden 2640 Sonnabend, den 29. Oktober 1932

Irrungen und Wirrungen.

Der Prediger in der Wüste — „Hungermarsch“ auf London — Wenig „Pulver“ im Wahlkampf.

Vor kurzem erst hat einer unserer prominentesten Wirtschaftsführer — er verdient diese Bezeichnung mit Recht — über die Aussichten einer Wendung zum Besseren gesprochen und dabei geradezu lebend ausgerufen: „Ruhe gehört dazu und nochmals Ruhe, damit das Vertrauen wieder langsam zurückkehren kann.“ Und mit vollem Recht fügte er hinzu: „Es ist ein Verbrechen an der Wirtschaft, der Nährmutter der Menschen, wenn durch dauernde politische oder wirtschaftliche Verunsicherung ihr die Möglichkeit, sich zu entfalten, entzogen wird.“ Allerdings haben solche Mahnungen, — und möchten sie noch so berechtigt sein! — selten Gehör gefunden; der Mahnende blieb ein Prediger in der Wüste. Wenn wir aber nach den Gründen für unser Krisenelend suchen, so stoßen wir dabei ja sehr bald und oft gerade auf die „Politik“, sei es außen, sei es innenpolitischer Art, die zuwenig oder meist gar nicht daran denkt, daß sie es ist, die auf die Nährmutter der Menschen einschlägt. Leider wollen das aber viel zu viele nicht sehen und einsehen, und da wir Deutsche achtzehn Jahre lang den schwersten Kerbenproben ausgeht wurden, spürt man die Folgen und es ist zwecklos, „Ruhe und nochmals Ruhe“ zu verlangen. Ist doch auch wieder mit dem Urteil in Leipzig ein neuer derartiger Verunsicherungsstempel entstanden, während ringsum die Feuert der Wahlkampfes lodern. Denn der Konflikt, der in Leipzig gedämpft, aber praktisch nicht ausgetragen wurde, „spielt“ ja nicht bloß in den „oberen“ Regionen der Verwaltung, bedeutet nicht bloß eine rechtlich-politische Auseinandersetzung zwischen den Spitzen der Reichs- und preussischen Behördenorganisation, sondern strahlt politisch hinaus bis in die fernsten Winkel des vom Wahlkampf zermürbten Deutschland. So vieles gerät wieder in Schwere, was sich allmählich zu festigen schien, und mancher etwas sicherer erscheinende Weg führt nun wieder über schwankenden Grund. Verhängnisvoller als sonst ist es heute aber auch, wenn gerade bei den obersten Stellen der Verwaltungen offene oder nur mühsam verborgene, dafür aber tiefgehende Gegenfälle oder „Kompetenzstreitigkeiten“ bestehen; denn heute, im Zeitalter der Notverordnungen, ist ja die tatsächliche Bedeutung, der für fast alle Gebiete des wirtschaftlichen und sozialen Lebens maßgebende Einfluß gerade der oberen Verwaltungsbehörden ganz gewaltig gestiegen. Und wenn es dort „oben“ noch Wirrungen gibt, da schließlich doch Irrungen ja auch schon geschahen, weil sie nur — menschlich sind, dann ...!

Selbst die konservativste Wirtschaft der Welt, die Großbritanniens, ist ja längst durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung aus ihrer früheren Ruhe aufgestört worden und hat heute mit ähnlichen Problemen zu ringen wie die unsrige. Genau wie bei uns, wenn auch nicht in dem fast alle und alles nivellierenden Umfang, steht das Gespenst der Arbeitslosigkeit über England, und in dem jetzt gerade zwölf Monate von einer konservativen Mehrheit beherrschten Parlament, in der „Nationalregierung“ Macdonalds, hat man ebenfalls ein Hilfsmittel gegen die wachsende Arbeitslosigkeit gefunden wie bei der bis dahin regierenden Arbeiterpartei. Die Folgen davon sind eine politische Radikalisierung der Arbeitermassen, die schon zu einer Abspaltung von der „Labour party“, der Arbeiterpartei, führte, außerdem kommunistische Anschauungen verbreiteten ließ. Es ist aber doch mehr als nur eine politisch-radikale Demonstration, wenn jetzt ein paar tausend Arbeitsloser einen „Hungermarsch“ auf London zu veranstalten und dort mit den Zehntausenden politisch ebenso eingestellter Erwerbsloser zusammentreffen. Im Londoner Hyde Park, der schon so viele seltsame Demonstrationen sah — er liegt übrigens im vornehmsten Viertel der Weltstadt — ist das große Meeting abgehalten worden. Aber die englische Regierung, besonders Macdonald, zählt nicht die Demonstranten, sondern wägt das Ereignis, — denn das ist es! — Auch er ist vor eine Lage gestellt wie die es war und ist, die uns Deutschen immer wieder den an und für sich sinnlosen Ruf erpreht: Es muß etwas geschehen! Etwas geschehen, um die politische Depression zu überwinden, die — trotz oder wegen der Konferenz von Ottawa — einen so unheilvollen Einfluß auf die englische Wirtschaft ausübt. Macdonald sieht auf das heute politisch am höchsten auflodernde Veruhigungsfeuer der Abrüstungsfrage. Mit dem amerikanischen Teilnehmer an der Genfer Konferenz, Norman Davis, scheint er sich in langen Konferenzen jetzt geeinigt zu haben, und der fast sensationell scharfe Vorstoß, den Mussolini bei der „Zehnjahresfeier“ des Faschismus mit ganz unmissverständlicher Deutlichkeit gegen die französische Rüstungs- und Hegemoniepolitik immer wieder machte, wurde in London sehr sympathisch aufgenommen. Aber wenn man in die Irrungen und Wirrungen dessen hineinblickt, was sich nun seit Jahren „Abrüstungspolitik“ nennt und die Geschichte der Menschheit auch wirtschaftlich fürstens beeinflußt, dann ist man versucht, ein etwas schnoddriges Wortwort zu zitieren: Es geht nirgends dicker zu als auf der Welt! Aber das ist heute nur noch Galgenhumor.

Die Reichs- und Verfassungs-Reform.

Wichtige Ausführungen des Reichsaussenministers.

In Berlin fand ein Festabend des Vereins Berliner Presse statt, zu dem der Reichskanzler und andere Mitglieder der Reichsregierung, Vertreter der staatlichen und der übrigen Behörden und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in großer Zahl erschienen waren. Nachdem der Vorsitzende des Vereins Berliner Presse, Chefredakteur Dr. Klein, seine Begrüßungsansprache mit einer eindrucksvollen Ehrengabe des Reichspräsidenten v. Hindenburg als des Oberhauptes des Deutschen Reiches abgeschlossen hatte, ergriff Reichsinnenminister von Gahl das Wort zu einer längeren Rede. Er erklärte u. a.:

Es ist mir der Wunsch nahegebracht worden, etwas über die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Fragen der Reichs- und Verfassungsreform zu hören. Bisher ist außer den Ausführungen des Reichskanzlers und meinen Darlegungen am Verfassungstage nichts von Regierungsseite bekanntgegeben worden. Das bisherige Schweigen der Reichsregierung war nicht Geheimnisträmerie, sondern hatte gute Gründe. Die Fragen der Gesamtreform sind so schicksalsschwer und so schwierig, daß sie reiflicher und eingehender Überlegung bis in alle Einzelheiten hinein bedürfen. Daß die Zustände in Deutschland reformbedürftig sind, wird so allgemein zugegeben, daß ich darüber keine Worte zu verschwenden brauche. Wir haben uns nun — trotz der Fülle von Vorarbeiten und Lösungsversuchen in dieser Frage — entschlossen, einen eigenen Weg zu gehen. Auch wäre es völlig abwegig, ausländische Vorbilder auf deutsche Verhältnisse zu übertragen. Grundstürzende Neuerungen werden unterbleiben. Das gilt unter anderen Punkten besonders für die Staatsform. Das gilt auch von dem Gedanken des Einheitsstaates. Wer den Versuch gemacht hat, sich ernsthaft in die Geschichte unseres Volkes zu vertiefen, der lehnt trotz Würdigung aller offenkundigen Vorteile eines Einheitsstaates und trotz der Erfahrungen aus neuester Zeit diesen Gedanken ab.

und bekennet sich zu dem Bundesstaat.

Es steht heute schon fest, daß kein deutsches Land gegen seinen Willen seiner Eigenstaatlichkeit beraubt und einem größeren Reichsgliede zugeteilt werden soll. Es steht ferner fest, daß eine Neueinteilung des Reiches in neue Länder oder Reichsprovinzen nicht in Frage kommt.

Deswegen halten wir fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches und an der Achtung vor seiner Gliederung und suchen aus der Eigenstaatlichkeit der Länder und den ihnen innewohnenden Kräften, die im Heimatboden wurzeln, das Beste für das Gesamtreich zu entwickeln.

Es ist aber eine durch die Erfahrungen langer Jahre erhärtete Tatsache, daß die bisherige Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen dringenden Reformbedarf hat. Preußen umfaßt drei Fünftel des Reiches. In seiner Hauptstadt regieren Reich und Staat nebeneinander und zeitweilig auch in Lebensfragen der Gesamtnation gegeneinander. Dieser Zustand ist unhaltbar.

Entsprechend dem bundesstaatlichen Charakter des Gesamtreiches soll die Eigenstaatlichkeit Preußens nicht weiter angetastet werden, als es das Reichsinteresse erfordert, das ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten verlangt.

Für v. Gahl besaßte sich sodann mit dem Urteil des Staatsgerichtshofs in Leipzig und betonte, daß das Urteil selbst darauf hinweise, daß der Reichspräsident unter bestimmten Voraussetzungen die Wahlregeln treffen kann, die zur Erzielung einer einheitlichen

Auch der deutsche Wahlkampf nimmt sich von außen her nur als ein Anäuel solcher Irrungen und Wirrungen aus. Die fünf großen Parteien stehen scharf gegeneinander, wie ja der Deutsche überhaupt politisch immer lieber „gegen“ etwas ist als „für“ etwas. Freilich, „es geht mit gedämpfter Trommel Klang“, weil das fehlt, was seit Monteculus bekanntem Wort das wichtigste ist bei jeder Kriegsführung: Geld, Geld und nochmals Geld. Vielleicht wird aber gerade dadurch die politische Willensbildung des Wählers erleichtert und vertieft, wenn das Kampffeld nicht so stark vom „Pulver“ dampf der Wahlagitiation verhüllt und — vernebelt ist. Der Reichskanzler hofft auf ein Wiedererwachen der deutschen „Weltanschauungsparteien“. Wer weiß aber, ob das wiederkommt. Denn in dem anfangs zitternden Worte des Wirtschaftsführers wird gesprochen von der „Nährmutter der Menschen“; sie ist aber nicht die Politik, sondern die Wirtschaft ist es, die unser Menschenschicksal bestimmt. Dr. Pr.

Politik im Reich und in Preußen als notwendig erscheinen. Preußen soll als einziges deutsches Land in ein engeres Verhältnis zum Reich

treten. Seine eigenstaatliche Willensbildung gegenüber dem Reich soll nicht ausgeschaltet, sondern so organisiert werden, daß Meinungsverschiedenheiten einen brauchbaren Ausgleich von Kabinett zu Kabinett finden können. Das neue Verhältnis Reich-Preußen ist in den beiden Verfassungen gleichmäßig zu verankern.

Die Entwicklung seit Weimar hat praktisch zu einer übertriebenen Zentralisation vieler Verwaltungszweige in Berlin geführt und damit Entscheidungen an die falsche Stelle gelegt. Notwendig ist eine klare Verteilung der Aufgaben auf Länder und Gemeinden sowie

eine Änderung des Finanzausgleichs mit dem Ziele, daß Länder und Gemeinden wieder die Aufgaben selbstständig übernehmen und durchführen können, zu deren Erfüllung bisher Mittel vom Reich erbeten werden mußten.

Schließlich ein Wort zu der eigentlichen Verfassungsreform. Wir würden unsere Pflicht größtenteils verletzen, wenn wir die Verfassungsreform unter dem Gesichtswinkel einseitiger Vertretung von Standesinteressen oder Berufs- und Wirtschaftszweigen führen wollten. Aber wir sehen den ersten Mangel in

einem überspitzten Parlamentarismus. Gegen Zufallsmehrheiten muß eine Sicherung eingebaut werden. Sie kann im Ausbau der Rechte des Reichsrats oder im Einbau einer beruflichen Kammer in die Konstruktion der Volksvertretung oder in einer Mischung von beidem bestehen. Jeder Versuch, auf längere Sicht in Deutschland etwas zu schaffen, ist bisher an dem ständigen Wechsel der Regierungen gescheitert. Deswegen müssen durch

Abänderung des Artikel 54 der Reichsverfassung Hemmungen eingebaut und der Gedanke einer gesicherten, vom Parteigetriebe unabhängigen Regierungsgewalt durchgesetzt werden. Schließlich sollen Änderungen der Wahlrechtsbestimmungen in der Verfassung und des Wahlgesezes vorgeschlagen werden. Wir halten es für richtig, das aktive und passive Wahlalter um etwa fünf Jahre heraufzusetzen und den selbständigen Familienernährern, gleichviel ob Mann oder Frau, und den Kriegsteilnehmern

eine Zusatzstimme zu gewähren, welche die Bedeutung der Familienernährer für unser Volk unterstreicht und den Kriegsteilnehmern den Dank des Vaterlandes zum Ausdruck bringt.

Was die Berliner Presse dazu sagt.

Berlin, 29. Oktober. Zu der großen Rede des Reichsinnenministers von Gahl vor dem Verein Berliner Presse nehmen vorläufig nur wenige Berliner Blätter ausführlich Stellung. Die „D.A.Z.“ stellt fest, daß die Grundzüge der Reichs-, Verfassungs- und Verwaltungsreform, die der Reichsinnenminister in großen Kreisen umrissen habe, geeignet erscheinen, die warme Zustimmung weitester Volkskreise über den engen Bezirk bestimmter Parteien zu finden. Das gelte besonders für die Erkenntnis, daß die bevorstehenden Reformen keine sprunghaften Experimente, sondern eine organische Weiterentwicklung des Bestehenden sein müßten. — Die „Postische Zeitung“ meint, wenn sich die Regierung härter fühlen werde, als sie es trotz aller selbstsicheren Worte tue, so hätte Herr von Gahl sich nicht zu bemühen brauchen, ihren wirklichen Plänen durch wortreiche Scheinkonfessionen an dem erwarteten Widerspruch der öffentlichen Meinung ein milderes Aussehen zu geben. — Der „Börsen-Courier“ hebt hervor, die Rede sei geeignet, die Lösung der politischen Krise ein Stück vorwärtszubringen. Wesentlich sei, daß die Ankündigungen des Reichsinnenministers sogar in ihren positiven Teilen dem Standpunkt von Politikern sich näherten, die grundsätzlich oder doch nach Lage der Dinge als Gegner der Reichsregierung betrachtet werden. — Der „Vorwärts“ sagt, allein die Ankündigung, das Wahlalter um 5 Jahre heraufzusetzen und die Einführung eines Pluralwahlrechts, die Einschränkung eines Herrenhauses zwischen Parlament und Regierung sowie die angelegte Ungebundenheit einer Reichsregierung von jedem Vertrauensvotums des Parlaments, allein diese Pläne seien geeignet, dem deutschen Volke eindringlich klarzumachen, was bei der Wahl vom 6. November auf dem Spiele stehe.

■ Fördert die Ortspresse ■